

## **Als Muslime in Deutschland**

### **Eine Herausforderung für das Zusammenleben von Mehrheitsgesellschaft und Minderheit**

In Deutschland leben derzeit rund 3,5 Million Muslime. Viele von ihnen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. In zwanzig bis dreißig Jahren werden in vielen deutschen Städten ein Drittel der Bürger einen muslimischen Hintergrund haben. Bundesinnenminister Schäuble machte mit seiner Regierungserklärung im September 2006 deutlich: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas. Der Islam ist Teil unserer Gegenwart und unserer Zukunft“. Die Einberufung der deutschen Islamkonferenz war daher auch eine Aufforderung an die Muslime in Deutschland zur Mitgestaltung dieser Zukunft. Ob der Islam nach Deutschland gehört oder nicht, steht also nicht länger zur Debatte. Die Zukunftsfragen sind vielmehr, wie Muslime ihre Rolle in Staat und Gesellschaft sehen, welchen Beitrag sie zur Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens leisten können und welche Voraussetzungen hierfür geschaffen werden müssen?

Obwohl der deutsche religionsneutrale demokratische Rechtsstaat allen Bürgern Grundrechte und Bürgerrechte, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, und Religion garantiert, ist für in Deutschland lebende Muslime aus unterschiedlichen Gründen die Identifikation mit dem Staat und der Gesellschaft nicht selbstverständlich. Ein Grund ist, dass sie den Islam nicht als gleichberechtigte Religion akzeptiert sehen. Er wird immer noch als etwas Fremdes oder Ausländisches angesehen, aber auch weil sie sich nicht in der Verantwortung für eine ihnen fremd erscheinende Gesellschaft fühlen und den Lebensstil der Mehrheitsgesellschaft ablehnen<sup>1</sup>.

### **Muslime und die Bürgergesellschaft**

Die Idee der Bürgergesellschaft stellt den Menschen als Ursprung, Akteur und Ziel allen gesellschaftlichen Handelns in den Mittelpunkt. Als soziales Wesen soll er seine Freiheit nicht nur als Privatmensch genießen, sondern sie als Verantwortung zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten begreifen. Die Idee der Bürgergesellschaft richtet sich

---

PT<sup>1</sup> TPSiehe Muslime als Staatsbürger-Perspektiven für bürgerschaftliches Engagement, Internationale Konferenz, 8.-10. Februar 2007, Berlin – Gemeinsame Erklärung der Veranstalter- s:1

an alle, die in einem Gemeinwesen leben unabhängig von Religion, Herkunft, und Staatsangehörigkeit. Sie setzt ein aktives Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft voraus, in der er lebt und die er als seine eigene begreift. Während viele Muslime in den USA diese Idee verinnerlicht zu haben scheinen,<sup>1</sup> fühlen sich viele Muslime in Deutschland davon noch nicht angesprochen<sup>2</sup>.

Allzu lange hat die Mehrheitsgesellschaft, wie jeder weiß, keine Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement von Muslimen gestellt, weil sie wie andere Immigranten als mehr oder weniger willkommene „Gäste“ und nicht als „Neubürger“ behandelt wurden.

Die Ende September 2006 stattgefundene Deutsche Islamkonferenz (DIK) war insofern für die Muslime und auch für die Integration in Deutschland nützlich, als sich eine Bundesregierung nun anschickt, nicht mehr nur **über** die Muslime sondern auch **mit** Muslimen zu sprechen. Die DIK bietet diese Möglichkeit – eigentlich eine Selbstverständlichkeit nach über 40 Jahren muslimischen Leben in Deutschland - als ersten Ansatz.

Längst betrachtet eine Mehrheit der zugewanderten Muslime Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt und ihre Heimat, viele von ihnen sind längst in die deutsche Gesellschaft integriert. Diese Gesellschaft behandelt sie jedoch bedauerlicherweise nicht als gleichwertige Bürger und konterkariert damit viele Bemühungen um Integration.<sup>3</sup>

## **Veränderung und Erwartung an die Politik und Gesellschaft.**

### **Das Kopftuch:**

Man hat gesetzlich das Kreuz und die Kippa an Schulen erlaubt, aber das Kopftuch wurde verboten. Das finden die Muslime nicht richtig. Ich kann persönlich überhaupt nicht nachvollziehen, wie man das Kopftuch als ein politisches Symbol sehen kann. Es gibt auf der Welt c. a. 1,5 Milliarden Muslime, davon sind 62 Prozent Frauen, rund 90 Prozent von ihnen tragen ein Kopftuch und das müßte demnach auf der Welt ein

---

PT<sup>1</sup> TP In New York gibt es ebenfalls außer Muslime Stadtviertel mit Migranten, z. B.: Chinatown oder Little Italy. Diese Leute sprechen ihre Muttersprache, kochen wie ihre Großeltern und feiern die Feste ihrer Stammheimat. Sie versuchen so Traditionen aus der Heimat ihrer Vorfahren zu bewahren. Dessen ungeachtet sind sie gute Bürger, gehen arbeiten, nehmen an den Wahlen teil, aber lesen auch Zeitungen aus ihrem Ursprungsland. Ebenso deutsche bzw spezifisch bayrische Traditionen sind dort zu finden

PT<sup>2</sup> TP Diese Einstellung wurde geäußert von einem muslimischen Imam aus USA bei der Veranstaltung „Muslime als Staatsbürger“, die von 8.2.07 bis 10.2.07 in der Konrad Adenauer Stiftung stattfand

PT<sup>3</sup> TP Abdullah Leonhard Boerek, ein muslimischer konvertierter in seinem Entwurf: „, Perspektiven für den Islam in Deutschland“, s:1

hochpolitisches Stück Stoff sein. Die erste repräsentative Untersuchung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt, dass 97% von den befragten muslimischen Kopftuchträgerinnen in Deutschland das Kopftuch aus religiösen Überzeugungen tragen und 87% der Frauen gibt das Kopftuch Selbstvertrauen<sup>1</sup>. Viele Europäer kennen heute ihre eigenen Traditionen nicht mehr. Wer von denen, die sich furchtbar über das muslimische Kopftuch aufregen, kennt noch das Pauluswort im 11. Kapitel des 1. Korintherbriefs, wo es heißt: "Das Weib verhülle sein Haupt"?

Die Muslime erwarten von den Politikern Gerechtigkeit und von der Gesellschaft Verständnis für die Religionsfreiheit der Muslime. Nicht das Kopftuch, sondern sein Verbot gefährdet die Integration der Muslime. Ein Kopftuchverbot ist für ein Miteinander der Religionen in unserer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft ein falsches Signal. Die fortwährend weitergetriebene Diskussion um ein Verbot führt:

- eher zu Desintegration statt zu Integration,
- eher zu gesellschaftlicher Spaltung statt einem Miteinander kultureller und religiöser Überzeugungen,
- eher zu Diskriminierung ihrer Trägerinnen statt Einbindung einer religiösen Minderheit in unsere Gesellschaft

Der Vorsitzende der Christlich-Islamischen Gesellschaft, Bashir Ahmad Dultz erklärt:

"Gerade die Musliminnen, die durch ihre berufliche Karriere ein Beispiel für Integration und Selbstbestimmung sein könnten, sollen gezwungen werden, ihre Identität zu verleugnen. Die vom Gesetzentwurf geforderte Verpflichtung zur Neutralität ist am Auftreten und der Dienstführung einer Person festzustellen, nicht an einem Kleidungsstück."

### **Islamunterricht:**

Die Forderung nach Islamunterricht an deutschen Schulen hat in weiten Teil der Bevölkerung Ängste ausgelöst.

Zu den kulturellen Bedingungen der Integration gehört es, dass sowohl für die einheimische Mehrheit als auch die zugewanderten Muslime möglichst gute Kenntnisse über die eigenen kulturellen Wurzeln und das eigene Wertesystem besitzen. Nur wer weiß, woher er selbst kommt und auf welchem Fundament er steht, kann selbstbewusst,

---

PT<sup>1</sup> TP<sup>4</sup> "Was denkt der Kopf unter dem Kopf", Die Zeit, 14. September 2006 Nr.38, s:10

tolerant und vorurteilslos mit Menschen anderer Herkunft umgehen und zusammenleben. In der Interaktion der Muslime mit Staat und Mehrheitsgesellschaft ist auf beiden Seiten ein Umdenken erforderlich: Der Staat und die Mehrheitsgesellschaft müssen sich auf eine neue Multireligiosität einstellen; die Muslime müssen sich auch auf neue Organisationsformen und Diskurse einlassen. Es ist ein Zwei-Wege-System: Man kann nicht das eine anerkennen und das andere ganz verdammen. Um das zu schaffen, sollen die muslimischen Schüler doch ihren Glauben und Kultur in der Schule kennenlernen. Der Unterricht soll natürlich auf Deutsch stattfinden. Dann kann jeder überprüfen, was gelehrt wird. Zudem würde statlicher Islamunterricht fundamentalistischen Gruppen das Wasser abgraben, die in ihren Koranschulen –wie man behauptet- radikale Interpretationen des Islam lehren.

### **Moscheebau:**

Das Thema Moscheebau zählt zu den seit Jahren am häufigsten diskutierten Aspekten muslimischen Lebens in Deutschland. Die Probleme bei der Genehmigung von Moschen sowie Konflikte um Moscheebauten, die meist dann entstehen, wenn Nachbarn oder auch Politiker eine ablehnende Haltung zu Moscheebauprojekten einnehmen, sind ein anhaltendes Thema.

Wer in Stuttgart z. B. nach Moscheen sucht findet keine Prachtbauten. Die meisten Moscheen in Deutschland entsprechen nach wie vor dem Typus der so genannten „Hinterhofmoschee“, sind also in ehemaligen Lagerhallen, Gewerbegebäuden, Ladenlokalen oder Kneipen untergebracht.

Dass Muslimen der Bau von Moscheegebäuden nicht grundsätzlich verwehrt werden kann, ist unbestritten; es geht bei solchen Konflikten wohl vor allem um die Frage, wie viel Sichtbarkeit die Mehrheitsgesellschaft der muslimischen Präsenz, oder könnte man auch sagen dem Islam, im öffentlichen Leben und im Bild unserer Städte zu gewähren bereit ist. Für Teile der Mehrheitsgesellschaft stellt offenbar der Anblick einer Moschee, vielleicht gar mit Minartt und Kuppel, eine Zumutung dar oder ist zumindest sehr gewöhnungsbedürftig. Moscheebauten werden oft als „Demonstration des Islam“ nicht als Angebot oder eine Bereicherung des kulturellen und sozialen Lebensgesehen.<sup>1</sup>

---

PT<sup>1</sup> TP Yasin Alder, Wie baue ich eine Moschee? Islamische Zeitung, Dezember 2006, s:4

### **Imame und die deutsche Sprache:**

Die meisten Imame in Deutschland beherrschen noch nicht die deutsche Sprache. Ein Großteil der Gemeinde, besonders der dritten Generation sowie diejenigen, die nicht Araber sind, wenn es nun um eine arabische Moschee geht, verstehen nichts, was der Imam sagt. Dieser Mangel der deutschen Sprache lässt die Aufgabe der Imame nicht in die Öffentlichkeit weiter verbreiten. Viele Imame kennen auch nicht die wirklichen Probleme der Muslime, deswegen hatten ihre Predigten kaum einen Einfluss auf sie. Auch die muslimischen Theologen, die hierher kommen, sind nicht in der Art des Argumentierens ausgebildet, wie die evangelischen oder katholischen Theologen. Häufig genug nimmt man den muslimischen Händler oder Ingenieur und setzt ihn neben einen katholischen Pfarrer oder Bischof.

### **Konflikt der Generation:**

Es gibt innerhalb der Minderheitsgesellschaft viele Missverständnisse zwischen der ersten Generation auf der einen Seite und der zweiten und dritten Generation auf der anderen Seite, z. B.: Organisatorische Angelegenheiten, Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen mit der deutschen Gesellschaft. Ich würde die soziale Herkunft viel stärker für die Schwierigkeiten und den Konflikt verantwortlich machen als den Islam bzw. die deutsche Gesellschaft. Wenn man sein halbes Leben in einem marokkanischen oder anatolischen Dorf verbracht hat, weiß man nichts vom deutschen Grundgesetz und auch nichts von den vielen Möglichkeiten des Islam. Die Muslime hier in Deutschland sind in der Tat recht zersplittert.

Als ersten Schritt werden die meisten zugewanderten Muslime- wie Abdullah Leonhard Borek in seinen Entwurf schrieb - umdenken müssen, indem sie darauf verzichten, den in ihren Herkunftsländern über Jahrhunderte gewachsenen (Volks) Islam (einschließlich der Traditionen und Bräuche, die in die Religion eingeflossen sind und nichts mit dem Islam zu tun haben) ohne Rücksicht auf die in Deutschland existierenden Rahmenbedingungen eins-zu-eins hierher zu verpflanzen. Muslimische Migranten können ihre Kulturvorstellungen in den ursprünglichen Herkunftsländern ausleben, nicht aber in Deutschland oder in anderen westlichen Ländern. Hier müssen sie die geltenden Gesetze beachten.<sup>1</sup>

---

PT<sup>1</sup> TPAbdullah Leonhard Borek, „Perspektiven für den Islam in Deutschland“, Entwurf , s:1

Die mit dem Multikulturalismus einhergehenden Empfindlichkeiten haben über die vergangenen Jahrzehnte zu einem verbogenen Toleranzverständnis geführt, das zu unhaltbaren Zuständen geführt hat. Man denke dabei an die Begriffe Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen usw.. Die Muslime stellen die Frage: Ändert sich das nicht bald, führt es unausweigerlich zu schweren gesellschaftlichen Konflikten mit der Mehrheitsgesellschaft. Durch eine fortgesetzte Abschottung werden die in den Großstädten schon jetzt bestehenden Ghettos und Parallelgesellschaften zum Dauerzustand.<sup>1</sup>

### **Die Medien:**

Das Hauptproblem für uns sind die Vorurteile gegenüber die Muslime und dem Islam. Die Hauptschuld tragen daran die Medien. Ich bin immer wieder erstaunt, wie wenig selbst gebildete Leute von unserer Religion wissen. Die Muslime werden immer alle in einen gleichen Korb geworfen. Schon seit der islamischen Revolution in Iran und erst recht seit dem 11. September 2001 werden der Islam und die Muslime in den Medien zunehmend selektiv wahrgenommen und als Problem dargestellt. Probleme wie Ehrenmord, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung werden „islamisiert“, obwohl sie auch in anderen Kulturen und auch bei Christen vorkämen. Wenn Muslime an einem Verbrechen beteiligt seien, werde das Geschehen viel leichter zu einem Medienereignis.

Anlässlich eines Besuchs in der Duisburger Ayasofya-Moschee zum Iftar, dem Fastenbrechen im vergangenen Ramadan September 2006, äußerte Bundespräsident Horst Köhler den Wunsch , „dass am Ende möglichst viele der hier lebenden Frauen und Männer muslimischen Glaubens von sich sagen: "Hier ist meine Heimat, diesem Land bin ich treu, nach seinem Gesetzen will ich leben – ich bin deutscher Muslim,,

In Deutschland leben die Muslime in einer pluralistischen Gesellschaft als Minderheit. Sie müssen mit der Mehrheitsgesellschaft aber auch anderen Minderheiten zusammenleben. Ebenso müssen sich die zugewanderten Muslime die unleugbare Tatsache vor Augen halten, dass sie freiwillig in diese Gesellschaft gekommen sind. Niemand, vor allem nicht ihre deutschen „Gastgeber“, hat sie gezwungen nach Deutschland zu kommen und zu bleiben. Realistischerweise können sie nicht erwarten, dass sich die Mehrheitsgesellschaft ihnen anpasst. Glücklicherweise bietet die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz, einen erheblichen Spielraum für die

---

PT<sup>1</sup> TP Abdullah Leonhard Borek, „Perspektiven für den Islam in Deutschland“, Entwurf , s:1

Verwirklichung der Bedürfnisse auch von Minderheiten und stellt das Individuum in den Mittelpunkt. Das Grundgesetz ist die gemeinsame Plattform aller hier lebenden Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion und legt die Spielregeln für ein friedliches und gedeiliches Miteinander fest. Glauben kann jede(r), was er/sie will, das Verhalten muss jedoch mit den Regeln dieser gemeinsamen Plattform übereinstimmen.